

Wachstum ja – aber wie?

Vortrag von Landessozialpfarrer Michael Klatt
12. Januar 2011, Neujahrsempfang in Dollbergen

Selten ist die Stimmungslage der in der Wirtschaft Verantwortlichen so positiv gewesen wie zum diesjährigen Jahreswechsel. Auch wenn gerade in den letzten Tagen wieder Stimmen zu hören waren, die die euphorischen Prognosen etwas bremsen – ein Wachstum von 3,6%, wie es für 2010 gerade bekannt gegeben wurde, würde es in 2011 wohl nicht geben - so wird durchweg mit einem kräftigen und stabilen Wachstum von mindestens 2,2% gerechnet. Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Hannover, Wilfried Prewo, erklärte in einem Zeitungsinterview Ende des Jahres, dass die Wirtschaft viel Schwung mit in das neue Jahr nehme, weil sich die Auftragslage der Unternehmen wesentlich verbessert habe und auch eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt und eine anziehende Binnenkonjunktur mit deutlichen Lohnerhöhungen erwartet werde. Und Hans-Werner Sinn, Chef des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, schwärmte Mitte Dezember: „Die Konjunktur ist das reinste Wintermärchen. Wir haben überhaupt noch nie einen so starken Wirtschaftsaufschwung gesehen.“ Und auch die Menschen in Niedersachsen lassen sich von diesen Meldungen anstecken: Sie blicken laut einer Umfrage zurzeit deutlich optimistischer in die Zukunft als früher. Die Überraschung und das Staunen sind allseits riesengroß. Vor einem Jahr, nach dem Krisenjahr 2009, sahen die Prognosen auch renommierter Wirtschaftsinstitute noch gänzlich anders aus, und es wurde mit Arbeitslosenzahlen um bis zu 4 Millionen am Ende des Jahres 2010 gerechnet. Da reibt man sich die Augen und könnte ins Grübeln darüber kommen, was Prognosen überhaupt wert sind; und dieselbe Frage müsste man sich dann allerdings auch im Blick auf die augenblicklich geradezu überschwänglichen Prognosen stellen: Wird sich das Wachstum tatsächlich so fortschreiben lassen, wie es jetzt prognostiziert wird? Welche Störfaktoren, die zurzeit noch gar nicht in die Rechnung einbezogen werden können, werden auftauchen, wie z. B. evtl. eine neue Krise des Euro? Die Finanzmärkte sind ja alles andere als wieder stabil. Wie auch immer: Zuversicht ist dennoch angesagt.

Dass so viel von Zuversicht die Rede ist, zeigt, nebenbei gesagt, auch noch einmal, wie einflussreich auch die sog. „weichen“ Faktoren sind, in diesem Fall Zuversicht und Hoffnung. Psychologie spielt in wirtschaftlichen Zusammenhängen, die ja oft nur mit den sog. „hard facts“ in Verbindung gebracht werden, eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Und: Wachstum ist wichtig.

Da führt kein Weg dran vorbei. Nur wenn die Wirtschaft wächst, können nötige Investitionen getätigt werden, was wiederum auf mittlere Sicht in der Regel Arbeitsplätze schafft und die Arbeitslosenzahlen senkt, wie im Augenblick ja auch mit Freude zu beobachten ist.

Aber ich würde gerne gemeinsam mit Ihnen da in der nächsten halben Stunde noch mal genauer hinschauen wollen und folgenden Fragen nachgehen:

1. Was wächst da eigentlich, wenn wir von Wachstum sprechen?
2. Wer profitiert vom Wachstum und wer nicht, und was macht das mit uns und unserer Gesellschaft?
3. Welches Wachstum wäre für ein gutes Leben förderlich. Und damit verbunden die grundsätzliche Frage: Wie wollen wir leben, was brauchen wir zu einem Leben im Wohlstand für alle?

Zu 1.) Was wächst da eigentlich, und woran messen wir Wachstum? Woran wird der Wohlstand einer Volkswirtschaft gemessen?

Nun, international wird das mit dem sog. BIP, dem Bruttoinlandsprodukt getan. Das BIP ist laut ökonomischer Definition der Marktwert aller für den Endverbrauch bestimmten Waren und Dienstleistungen, die in einem Land während eines bestimmten Zeitraums, meist das Kalenderjahr, neu hergestellt werden. Wachstum wird also definiert durch neue Waren und Dienstleistungen, die innerhalb eines Jahres hergestellt werden. Damit verbunden sind in der Regel Arbeitsplätze, also der Faktor Arbeit. Das erklärt, warum die Politik stets auf das BIP und seine Steigerung fixiert ist. Ohne Wachstum gingen Arbeitsplätze verloren, und dann drohten gesellschaftliche Unruhen und unbequeme Umverteilungsfragen. Das ist im Grundsatz und in der Logik allgemein ökonomischen Denkens auch anerkannt.

Das Problem ist nur, dass das Bruttoinlandsprodukt eine rein quantitative Messung ist. Es trifft in keiner Weise eine Aussage über die Qualität des

Wachstums. Dabei spielt es für den Wohlstand eines Landes durchaus eine Rolle, welcher Preis für das Wirtschaftswachstum gezahlt wird, wie es um soziale Gerechtigkeit oder um die ökologische Tragfähigkeit bestellt ist. Wenn z. B. für eine neue Fabrik Waldflächen gerodet und neue Straßen gebaut werden müssen, geht das zu Lasten des Naturvermögens, das ein Land besitzt. Und der Dreck aus den Schornsteinen kann zu einer höheren Zahl von Bronchialerkrankungen führen. Allein in China, so schätzt die Weltbank, würde das BIP pro Jahr um ca. 6% geringer ausfallen, wenn die sozialen und ökologischen Verschlechterungen mit in die Rechnung einbezogen würden. Mehr materieller Wohlstand, mehr formales Wachstum, führt also nicht unweigerlich zu mehr Lebensqualität, einmal abgesehen davon, dass für die Kosten, die im sozialen oder ökologischen Bereich entstehen, in der Regel nicht ein Unternehmen aufkommen muss, sondern die Allgemeinheit, der Staat, also letztlich wir als Steuerzahler.

Schon seit einigen Jahren gibt es darum immer wieder wissenschaftliche Versuche, auch die Wohlfahrt und den gesamten Entwicklungsstand eines Landes in ein Zahlenwerk zu bringen. Doch das ist gar nicht so leicht. Lässt sich eine andere Art von Wachstum, lassen sich Lebensqualität und Glück im weitesten Sinn überhaupt messen? Wie kann eigentlich der Wert eines Laubfrosches in einem Biotop in Euro und Cent umgerechnet werden? Und wenn dies überhaupt ethisch verantwortet werden könnte – darf man den Wert eines Lebens überhaupt messen? – welcher Index wäre dann der richtige? Auf europäischer Ebene wurde im Jahr 2007 eine Initiative gestartet unter dem Titel „Mehr als BIP“. Kommissionspräsident Manuel Barroso erklärte damals: „Wir können den Herausforderungen der Zukunft nicht mit den Werkzeugen der Vergangenheit begegnen“. Einen Beitrag zur Entwicklung einer weiterführenden Erfassung von Wohlstands- und Wachstumsdaten liefern zurzeit u. a. Hans Diefenbacher von der Forschungsstätte Evangelische Studiengemeinschaft und sein Kollege Roland Zieschank von der Freien Universität Berlin. Beide konzipieren seit einiger Zeit den sog. Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) als Alternative zum BIP. Dabei greifen Diefenbacher und Zieschank, beides Volkswirte, auf bereits bestehende Indizes zurück, berücksichtigen aber unter anderem zusätzlich die Kosten, die z. B. durch

Kriminalität oder durch Krankheiten entstehen, beispielsweise bedingt durch den Konsum von Alkohol. Insgesamt 21 zusätzliche Faktoren fließen so in ihre Berechnungen ein, die die langfristigen Folgekosten unseres Wirtschaftens versuchen zu erfassen. Diefenbacher setzt dabei auf ein langsam sich veränderndes Bewusstsein. Langsam setze sich die Erkenntnis durch, dass es einen Zuwachs an Lebensqualität geben kann, der nicht mit dem herkömmlich verstandenen Wirtschaftswachstum einhergeht. Es sei ja inzwischen auch das Gegenteil unabweisbar, dass nämlich die Wirtschaft wachsen kann, ohne dass es einen Zuwachs an Wohlfahrt gibt. In diese Richtung äußerte sich auch die Ende 2009 erschienene EKD-Denkschrift „Umkehr zum Leben – Nachhaltige Entwicklung im Zeichen des Klimawandels“: (Ich zitiere) „Das Wachstum, das in der Form der Wachstumsrate des realen, also preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum vorherrschenden Ziel der Politik und der Wirtschaft geworden ist, ist als Leitziel einer nachhaltigen, zukunftsfähigen Gesellschaft nicht geeignet, oft sogar konträr zu deren Entwicklung.“ (S. 115f)

Zu 2.) Im Grunde bin ich damit aber auch schon bei meinem zweiten Punkt angelangt: Wer profitiert vom Wachstum und wer nicht, und was macht das mit uns und unserer Gesellschaft?

Einen Verlierer des gängigen Wachstumsdenkens hatte ich bereits eben kurz benannt: Das ist unsere Natur, die Schöpfung Gottes. Zum einen werden naturbelassene Flächen durch unsere Bebauung für den wachsenden Wohnraumbedarf und für Gewerbeflächen immer knapper; zum anderen werden Wälder, Flüsse und Tiere trotz vielfach vorhandener Kontrollen in Mitleidenschaft gezogen. Der kürzliche Dioxinskandal ist ein beredtes Beispiel dafür, aber z. B. auch in viel höherem Maße das Bersten der Ölbohrplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko im April vergangenen Jahres. Ich muss nicht extra ausführen - weil es uns allen klar ist -, dass die Schäden, die der Natur zugefügt werden, natürlich über kurz oder lang auch uns Menschen treffen und es von daher auch im eigenen Interesse unklug wäre, so zu wirtschaften, als wären Leiden und Tod in der Natur zwar bedauerliche, aber zu vernachlässigende Kollateralschäden.

Weitere Verlierer des gängigen Wachstumsdenkens sind dann vor allem aber all jene Menschen, an denen das Wachstum im wahrsten Sinne des Wortes

vorbeigeht. Zu großen Teilen sind dies Menschen, die weiterhin arbeitslos, z. T. auch langzeit-arbeitslos sind oder die in sog. prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, mit befristeten Arbeitsverträgen oder im Niedriglohnsektor und dort evtl. sogar ihren Lohn durch Transferleistungen des Staates aufstocken lassen müssen, um wenigstens die materielle Grundsicherung zu erhalten – von ca. 6 Mio. Niedriglöhnern sind es ca. 1,6 Mio. sog. Aufstocker. Das im letzten Herbst beschlossene Sparpaket der Bundesregierung, das ein Einsparvolumen von 80 Milliarden Euro im Bundeshaushalt in den kommenden fünf Jahren beinhaltet, hat die Situation der Verlierer des Wachstums nicht verbessert, sondern weiter verschärft. Allein 37% des gesamten Sparvolumens sind im Sozialbereich vorgenommen worden. So wurden beispielsweise das Elterngeld und auch die Rentenbeiträge für Hartz-IV-Empfänger ebenso gestrichen wie die Zuschläge, die Arbeitslose erhalten hatten, die vom Arbeitslosengeld I zur Grundsicherung (Hartz-IV) übergehen; und für Wohngeldempfänger wurde der Heizkostenzuschuss gestrichen.

Die Folge ist, dass die „berühmte“ Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht. Es ist leider immer noch so: Sowohl die Armut als auch der Reichtum in unserem Land wachsen, und zugleich – und das ist neu - schrumpft die Mittelschicht, wie eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Mitte letzten Jahres erneut feststellte. So gehörten im vergangenen Jahr nur noch ca. 61% der Deutschen zur Mittelschicht mit einem Nettoeinkommen von 860 bis 1800 Euro im Monat. 10 Jahre zuvor waren es noch gut 66 %. Und die Armut stieg bei uns zwischen den Jahren 1999 und 2008 allein um 37%. Dabei finde ich es am Besorgniserregendsten, dass am schnellsten die Kinderarmut wächst. Während die wohlhabenden Kreise trotz aller Anstrengungen der Politik immer weniger Kinder bekommen, ist dies bei den Armen nicht der Fall, so dass immer mehr Kinder in Armut geboren werden. Auch der Anteil derer, die am gesamtgesellschaftlichen Vermögen noch Anteil haben, geht zurück. Die unteren 60% unserer Gesellschaft besitzen nicht einmal mehr 5% des Gesamtvermögens, während die oberen 5% bereits 46% aller Werte besitzen. Damit sind auch schon diejenigen benannt, die in erster Linie vom Wachstum profitieren. Es sind die Kapitalbesitzer, wobei problematisch ist, dass der Anstieg des Reichtums längst nicht nur durch das erwirtschaftete

Wachstum entsteht, sondern weiterhin auf den oft nicht an die Realwirtschaft angebundenen Finanzmärkten. Allein in Deutschland wuchs ausgerechnet im Krisenjahr 2009 die Zahl der Dollar-Millionärshaushalte um fast ein Viertel, nämlich auf 430 000 Menschen, und weltweit sind ähnliche Tendenzen zu registrieren; weltweit stieg das Privatvermögen um 11,5% (auf 111,5 Bio. Dollar). Zwangsläufig stellt sich hier auch die Frage der Besteuerung, der ich aber nicht im Einzelnen nachgehen möchte. Beachtlich finde ich es allerdings, dass es inzwischen in unserem Lande eine Initiative „Vermögende für eine Vermögensabgabe“ gibt, in der sich 44 Gutbetuchte um die finanzielle Basis des Staates sorgen und nicht verstehen können, dass die Reichen im Land steuerlich immer bessergestellt werden. Die Einführung einer Vermögensabgabe für Bildung, Umwelt und Gesundheit und eine spätere Vermögenssteuer halten diese Reichen für unvermeidlich.

Ich möchte an dieser Stelle auch nicht auf die Bonuszahlungen von Managern in Banken und Unternehmen eingehen; das wäre noch einmal ein gesondertes und auch komplexes Feld, bei dem man sich vor vorschnellen emotionalen Äußerungen hüten muss. Vielmehr möchte ich eher der Frage nachgehen, was das Auseinanderklaffen von Arm und Reich mit unserer Gesellschaft macht und was es für unseren sozialen Frieden bedeutet.

Ungleiche Verteilung führt zu sozioökonomischen Schäden. Was damit gemeint ist, hat kürzlich ein amerikanischer Ökonom (Larry Katz) am Beispiel der USA mit einem Bild versucht zu erklären. Er sagte: „Man muss sich die amerikanische Wirtschaft wie ein großes Wohnhaus vorstellen. Vor hundert und auch noch vor dreißig Jahren wollte alle Welt darin wohnen. Aber im Laufe der letzten Generation hat sich das Haus verändert. Die Penthouse-Wohnungen ganz oben werden immer größer und größer. Die Apartments in der Mitte fühlen sich immer enger an. Das Untergeschoss ist bereits überflutet. Und dann ist auch noch der Fahrstuhl kaputt – das deprimiert die Leute am meisten.“ (zeitzeichen 10/10,18).

In der Tat bestätigt der Internationale Währungsfonds, dass die Ungleichheit weltweit zugenommen hat – und zwar besonders in den vergangenen 20 Jahren. Betroffen sind vor allem die Industriestaaten, die ökonomisch prosperierenden Länder Asiens und die Schwellenländer.

Wie sich diese Ungleichheit, wie sich das soziale und finanzielle Gefälle auf Gesellschaften auswirken, haben die beiden britische Sozialwissenschaftler Kate Pickett und Richard Wilkinson im vergangenen Jahr in einem in Fachkreisen viel beachteten Buch dargelegt. Das Buch trägt den Titel: „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser ist.“ Den Kern ihrer Ergebnisse möchte ich Ihnen kurz vorstellen, weil sie für die Fragen des Wachstums und wer von Wachstum profitiert und wer nicht, von aus meiner Sicht herausragender Bedeutung sind.

In einer Langzeitstudie haben die beiden Wissenschaftler 23 reiche Industrieländer unter die Lupe genommen. Darunter waren sowohl Länder mit großen Einkommensunterschieden wie Singapur, die USA, Portugal, Großbritannien, Australien und Neuseeland, als auch solche mit geringen Unterschieden wie Japan, Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark. Die Leitfrage der empirischen Untersuchungen war: Welche Folgen haben unterschiedliche Einkommensverteilungen auf die Lebenserwartung, auf die Gesundheit, auf Fettsucht, auf schulische Leistungen, auf Gewalt, auf die Zahl von Teenageschwangerschaften, auf die Stellung von Frauen und auf die soziale Mobilität?

Die Ergebnisse sind eindeutig und verblüffend: So ist die soziale Mobilität, also die Möglichkeit zum Aufstieg, gerade in den Ländern am geringsten, in denen die Einkommen am weitesten gespreizt sind. Aber auch bei den anderen Indikatoren schneiden die Länder mit großen Einkommensunterschieden besonders schlecht ab. In den USA ist die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch wie in Japan, die durchschnittliche Lebenserwartung mehr als vier Jahre geringer. Was die Gesundheit anbelangt, so ist Stress ein nicht unbedeutender Risikofaktor. Er ist größer, je niedriger der soziale Status und je schwächer Freundschaftsnetze und Erfahrungen in der frühen Kindheit sind. Denn all dies führt zu Selbstzweifeln und sozialen Unsicherheiten. Und so geht es weiter: In stärker gespaltenen Gesellschaften bringen bis zu achtmal mehr minderjährige Mädchen Kinder zur Welt, es gibt dreimal mehr psychisch Kranke, bis zu zwölfmal mehr Fettleibige und bis zu zehnmal mehr Morde. Es ist u. a., zunehmend auch bei Mittelständlern, die Angst vor einem sozialen Abstieg, die für die steigende Anzahl von Stress- und Suchterkrankungen verantwortlich ist.

In Ländern mit mehr Gleichheit sind dagegen alle, auch übrigens die Menschen oberer Berufsgruppen, gesünder, und die Lebenserwartung in allen Schichten höher. Als mögliche Gründe führen Picket und Wilkinson an, dass sich die Menschen in Ländern, in denen die Einkommen nicht weit auseinanderdriften, eher vertrauen und sich auch sonst sicherer fühlen. Das führt auch zu mehr politischem und sozialem Engagement, zu weniger Ängsten und zu besseren sozialen Beziehungen. Deren Qualität ist das wichtigste Gegenmittel gegen negativen Stress. Neben dieser eher nüchternen Bestandsaufnahme stellen die Sozialwissenschaftler dann auch Ideen vor, wie gerechtere Gesellschaften sich entwickeln oder erkämpft werden könnten. Sie schlagen unter anderem die Beteiligung der Arbeitnehmer/innen an Betrieben vor oder auch, verstärkt genossenschaftliche Betriebsformen zu entwickeln, um mehr Menschen Anteil an erwirtschafteten Gewinnen zu ermöglichen. Sie glauben nicht zuletzt, dass ihre Studien zeigen, dass mehr Gleichheit zu mehr ökologischem Verhalten und mehr Verantwortungsgefühl für den Rest der Welt führt.

Soweit in aller Kürze. Auch wenn man sich die Ergebnisse im Einzelnen noch genauer anschauen müsste, so wird doch deutlich, dass entscheidend für eine positive Auswirkung von Wachstum die Frage der Umverteilung bzw. der Gleichheiten ist und dass Wachstum nicht zwangsläufig zu einem Auseinanderklaffen von Arm und Reich führen und damit den sozialen Frieden gefährden muss. Und um diese Frage, um die Frage nach Gewinnern und Verlieren unserer Wachstumszahlen, war es mir in meinem 2. Punkt ja gegangen.

Zu 3.) Ich hoffe, dass ich Ihre Aufmerksamkeit noch für meinen letzten Punkt erhalten kann, nämlich der Frage, welches Wachstum denn nun für ein gutes Leben förderlich wäre. Und damit verbunden die grundsätzliche Frage: Wie wollen wir leben, was brauchen wir, unbenommen der Vorschläge von Pickett und Wilkinson, zu einem Leben im Wohlstand für alle?

Dazu drei Hinweise:

Den ersten brauche ich nicht weiter auszuführen, da ich ihn bereits erwähnt habe. Ich meine den sog. Nationalen Wohlstandsindex (NIW), wie ihn beispielsweise Diefenbacher und Zieschank als Erweiterung der Messzahlen des bisherigen BIPs erarbeiten. Das würde deutlich alle Bereiche des Wachstums,

auch die sozialen und ökologischen Begleiterscheinungen erfassen und damit den Blick weg von ausschließlich quantitativen Indikatoren hin zu qualitativen Indikatoren lenken. Denn eines sollte inzwischen klar geworden sein: Gute Wachstumsprognosen sind noch kein Indikator dafür, dass es der Gesellschaft und der Natur gut geht.

Ein zweiter Hinweis:

Alle Bemühungen, erneuerbare Energien zu fördern, werden zu einem qualitativ bessern Wachstum führen. Darum sind grundsätzlich alle Bemühungen zu unterstützen, den Sektor der erneuerbaren Energien auszubauen. Konkret geht es darum, wie Umweltminister Röttgen es kürzlich schrieb, „fossile Energien durch erneuerbare und endliche Rohstoffe durch nachwachsende zu ersetzen, die Wegwerfgesellschaft in eine Kreislaufgesellschaft zu überführen und eine nachhaltige Mobilität aufzubauen.“ (Magazin des Bundesumweltministeriums November 2010). Technologien für saubere Energie und sauberes Wasser sind weltweit immer mehr gefragt, so dass die deutsche Wirtschaft hier noch stärker eine führende Rolle in der Welt einnehmen könnte. Darüber hinaus ist der Umweltsektor ohne Frage auch ein Jobmotor. Schon rund 2 Millionen Menschen arbeiten zurzeit in Deutschland im Umweltsektor, Tendenz steigend. Ökonomie und Ökologie sind also schon längst keine Gegensätze mehr, wie noch vor gar nicht so langer Zeit immer wieder behauptet wurde.

Allerdings möchte ich auch hier darauf hinweisen, dass man aufpassen muss, dass man sich nicht sozusagen selbst betrügt in den Erfolgen neuer Technologien.

Erfolge in diesem Bereich können auch ihre Kehrseite haben. Beispiel: Das Auto. Die verbesserten Technologien haben in der Summe noch nicht dazu geführt, dass der Verbrauch an Benzin deutlich gesenkt werden konnte. Das liegt u. a. daran, dass die Autos größer und schwerer und schneller geworden sind. Ähnlich ist es mit unserem Stromverbrauch, der durch die intensivere Nutzung des Internets, durch Großbildschirme etc. ebenfalls noch nicht reduziert werden konnte. In der Wissenschaft spricht man da von dem sog. rebound-Effekt, also einem Effekt, der zurückprallt, ähnlich einem Bumerang. Ein direkter rebound-Effekt wäre z. B., wenn ich ein Auto, das in der Anschaffung billiger geworden ist, sehr viel häufiger benutze und damit in meiner Nutzung keine Ressourcen,

sprich Benzin, einspare. Sie merken: Es würde nicht reichen, wenn wir immer nur neue Technologien erfinden und eine höhere Effizienz erzielen, sondern sehr viel wirksamer wäre es, wenn es grundsätzlich um die Revision unserer Ziele gehen würde.

Und dabei bin ich bei meinem dritten und letzten Hinweis.

Wieweit ist eine Revision, wieweit eine Selbstbegrenzung oder eine „Ökonomie des Genug“ möglich? Genau dies ist die Frage der Suffizienz, der Genügsamkeit. Diese Frage wird letztlich sehr persönlich und führt schließlich zu uns selbst und zu uns als Konsumenten.

Als Beispiel zuerst wieder das Auto. Es wäre ja möglich, eine andere Automobilflotte zu produzieren. So könnte man z. B. die Autos von der Konstruktion her so einrichten, dass kein Auto schneller als 120 km/h fährt. Die Geschwindigkeit würde also durch Einsatz einer bestimmten Technik begrenzt, so, wie es bereits bei den LKWs der Fall ist. Dann bräuchte man weniger Sicherheit am Auto und in Folge davon weniger Gewicht, weniger Ausstattungen, weniger Energieverbrauch, erst Recht, wenn man die Aerodynamik noch weiter verbessert. So könnte eine ganz neue Generation von Autos mit begrenzten Maßen entstehen. Und die Frage an uns lautet: Was würde das für uns bedeuten? Könnten wir damit leben, gut leben, oder würden wir uns in unserer Freiheit eingeschränkt fühlen?

Dazu kommt: Seit einiger Zeit schon erleben wir ja, dass unsere Gesellschaft neben vielen Gütern auch eine Verdichtung der Zeit produziert, verbunden mit Nervosität und Hektik. Wir werden reicher an Gütern, aber ärmer an Zeit. Häufig sind wir ja gar nicht mehr in der Lage, die Qualität von Gütern zu nutzen. Wie viele CDs oder Bücher stehen bei uns zuhause in den Regalen, die wir noch nie gehört bzw. gelesen haben? Es kostet ja Zeit, die Qualität von Gütern zu nutzen, noch mehr: zu genießen. Jemand hat einmal gesagt: der Gegensatz zu einfachem Leben ist nicht glückliches Leben, sondern das zerfaserte Leben. Auch mit einfachem Leben kann man Glück erfahren, vielleicht sogar viel eher, weil es eine Grenze der Akkumulation von Gütern und ihres Konsums gibt. „Das Glück, so die klassischen Lehren, lässt sich schneller und sicherer durch die Verringerung der Bedürfnisse erreichen, als durch eine Ausweitung ihrer Befriedigung.“

(Zusammenfassung Studie Zukunftsfähiges Deutschland, S. 35)

Wird uns solch eine Lebenskunst gelingen? Der Mensch braucht zwar sein tägliches Brot, und er empfindet es als deutliche Bereicherung, wenn er Wurst oder Käse dazu hat. Dieses Gefühl wächst aber nicht proportional zu jeder weiteren Sorte Belag, die auf den Tisch kommt. Nicht umsonst sprechen Ökonomen von „gesättigten“ Volkswirtschaften, in denen die Wachstumsraten immer schwerer zu erreichen sind und der Konsument durch hohen Werbeaufwand zum Kauf gereizt werden muss. Als Konsumenten haben wir eine von vielen noch gar nicht erkannte ungeheure Macht. Wir können „nein“ sagen zu immer mehr Gütern, wir können „nein“ sagen zu Produkten, die nicht ökologischen oder sozialen Maßstäben entsprechen – mit der Einschränkung, dass diese Produkte in der Regel noch teurer sind als andere Produkte und sie sich darum Menschen mit schmalen Geldbeutel nur schwer leisten können. Und nicht zuletzt gehört zur Frage der Suffizienz auch, wie viele Dinge wir eigentlich selbst besitzen müssen und welche Gerätschaften des Haushalts oder des Gartens wir z. B. in unserer Nachbarschaft miteinander teilen können. Das fällt uns ja zumeist richtig schwer, bzw. wir sind das nachbarschaftliche Teilen kaum oder gar nicht mehr gewohnt. Je reicher eine Gesellschaft ist, umso mehr verkümmern Beziehungen. Wenn Wachstum an seine Grenzen kommt oder gar zu Ende geht – schon jetzt benötigt unsere Weltbevölkerung ca. 1,35 Planeten! Wo soll das noch hinführen bei dem prognostizierten weiteren Wachstum unserer Erdbevölkerung!? – wenn also Wachstum zur Neige geht, gewinnt eine Ökonomie der Beziehungen immer mehr an Bedeutung.

Denken Sie nur an ein Generationenübergreifendes Wohnen oder an gemeinsames Wohnen im Alter – was da an gegenseitiger Achtsamkeit, an gemeinschaftlichem Engagement und Unterstützung läuft, das lässt sich mit Geld kaum oder gar nicht bezahlen! Es ist aber genau das, was wir in Zukunft verstärkt brauchen: Nicht die individuelle Bereicherung bis hin zur „nachbarschaftlichen Konkurrenz“, nicht ein Wirtschaften der Akkumulation, sondern die Neuerfindung des Common, des Gemeinsamen. Und wo diese Orientierung vor Ort und auf regionaler Ebene wächst, wird sie auch im Blick auf die Weltgemeinschaft wachsen. Eine solche Ökonomie der Beziehungen und der Achtsamkeit gegenüber Mensch und Natur trägt das Potential in sich, nicht nur

nachhaltiger zu sein als ein am BIP orientiertes Wirtschaften, sondern auch die Lebensqualität zu erhöhen.

Am Ende würde so nicht ein Wohlstandsverlust sondern ein Gewinn an Wohlstand stehen!

Ich danke Ihnen sehr für Ihre lange und geduldige Aufmerksamkeit.